

Dringliches Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden, GB): Nachhaltiges Berner Konjunkturprogramm für die neue Legislatur 2009-2012 nötig

Die Immobilien- und Banken Krisen hinterlassen auch in der Schweiz konjunkturelle Spuren. Die Bankenkrise führt zu weniger Steuereinnahmen. Um in der Schweiz eine Rezession zu verhindern, muss die Kaufkraft der Bevölkerung erhalten bleiben. Bund, Kantone und Gemeinden müssen mit ihren Ausgaben helfen, die Binnenkonjunktur zu stabilisieren. Dazu gehören auch Investitionen durch die öffentliche Hand. Neben Bund und Kantonen können auch Städte wie Bern ihren Beitrag leisten und auch davon profitieren. Denn wer in schlechten Zeiten investiert, bzw. baut, wenn die Preise tiefer sind, profitiert für gleiche Leistungen zu tieferen Preisen. Es braucht auf allen Ebenen eine aktive Wirtschaftspolitik, die auf Nachhaltigkeit setzt und damit eine Rezession abwenden hilft. So können wir unsere Wirtschaft stärken und gleichzeitig den ökologischen Umbau einläuten und soziale Probleme wie zum Beispiel der Mangel an kostengünstigen Familienwohnungen lindern. Bereits beschlossene Investitionsvorhaben der öffentlichen Hand sollen rasch umgesetzt werden (u.a. Tramprojekte, Hochwasserschutz, Lärmschutz, Energiesanierungen). Die Stadt lanciert ein Impulsprogramm im Bereich ökologische Haussanierungen, was im Interesse unserer Wirtschaft und unseres Klimas ist. Auch im Bereich erneuerbare Energien sollen Projekte vorangetrieben werden (u.a. zusammen mit Energie Wasser Bern ewb).

Die Massnahmen werden allenfalls auch zusammen mit dem Kanton und Gemeinden koordiniert. Das städtische Konjunkturprogramm ist mittelfristig auf die nächsten zwei bis vier Jahre ausgerichtet. So kann die Berner Wirtschaft die nötigen zusätzlichen Impulse erhalten, um nicht in eine Rezession mit Vernichtung von Arbeitsplätzen, Qualifikationen und Existenzen zu rutschen. Es genügt nicht, den Banken eine Finanzspritze zu geben. Der ökologische Umbau der Wirtschaft zahlt sich mehrfach aus.

Der Gemeinderat wird beauftragt folgende Massnahmen zu ergreifen

- a) In einem Bericht aufzuzeigen, welches die kurz-, mittel- und langfristigen Folgen der Bankenkrise für die Stadt Bern sind (Steuereinnahmen, Wirtschaftsentwicklung, Arbeitsplätze, Erwerbslosenquote etc.) und wie der Gemeinderat darauf reagieren will.
- b) Massnahmenprogramm zur Stärkung der regionalen Binnenwirtschaft, welches u.a. folgende Elemente umfasst:
 1. Erhöhung der Investitionssumme für die nächsten Jahre für nachhaltige Projekte im Hoch- und Tiefbau um 10-20% (Werterhalt dringende Projekte z.B. Langsamverkehr, Lärmschutz)
 2. Förderung von gemeinnützigem sozialen Wohnungsbau durch den Wohnbaufond z.B. auf den städtischen Baufeldern in Brünnen
 3. städtisches Förderprogramm für ökologische Haus-Sanierungen von Privaten, jährlich Fr. 2 Mio.
 4. Investitionen von ewb in erneuerbare Energien
 5. Gewährung des vollen Teuerungsausgleichs für das städtische Personal und die Angestellten der ausgelagerten und subventionierten Betriebe.
 6. Förderung von Lehrstellen und Massnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit.
- c) Anpassung der Legislaturziele 2009-2012, indem der Schwerpunkt der Konjunkturstützung integriert wird.

Begründung der Dringlichkeit

Aufgrund der aktuellen Situation muss umgehend gehandelt werden um die Folgen der Bankenkrise abdämpfen zu können.

Bern, 23. Oktober 2008

Dringliches Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden, GB), Hasim Sancar, Cristina Anliker-Mansour, Emine Sariaslan, Urs Frieden, Stéphanie Penher, Karin Gasser, Christine Michel, Lea Bill

Die Dringlichkeit wird vom Stadtrat bejaht.

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist wie die Verfasserin des Postulats der Überzeugung, dass in der aktuellen Wirtschaftslage grosse Anstrengungen zur Verhinderung eines Arbeits- und Ausbildungsplatzabbaus nötig sind und dass dabei auch der öffentlichen Hand eine grosse Verantwortung zukommt. Der Bund und einzelne Kantone haben bereits Konjunkturstützungsprogramme beschlossen und auch der Gemeinderat der Stadt Bern hat Abklärungen in dieser Richtung ausgelöst. Im Rahmen des aktuellen Stadtentwicklungs- und Wachstumsschubs sind zudem unabhängig von der Konjunkturerwicklung zusätzliche Investitionen und neue Arbeitsplätze vorgesehen (z.B. neue Schulinfrastruktur in Brünnen).

Da ein Konjunkturprogramm definitionsgemäss möglichst rasch Wirkung entfalten sollte und keine dauerhafte, sondern eine temporäre Beschäftigungsstütze ist, stehen in der Regel vorgezogene Investitionen in bereits geplante Projekte sowie Unterhaltsarbeiten im Vordergrund.

Der Gemeinderat hat Prüfungsaufträge in den Bereichen Hochbau (StaBe, Wohnbaufonds), Infrastruktur (Verkehr, Tiefbau, Stadtgrün, Entsorgung, Informatik, Maschinen) und insbesondere Umweltschutz (Energiesanierungen) ausgelöst. Sollte es zu einer grossen Lehrstellenkrise kommen, ist er zudem bereit, weitere Massnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit zu prüfen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 21. Januar 2009

Der Gemeinderat